E&M daily
DIE TAGESZEITUNG FÜR DEN ENERGIEMARKT

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

259,83 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

87,99 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

52

Millionen Euro investiert die Nürnberger N-Ergie in ein neues Heizkraftwerk im Südwesten der Stadt. Die Anlage soll Mitte 2028 in Betrieb gehen.

POLITIK
Experten fordern langfristige Lösung für Netzkosten

VERTRIEB
Espelkamp steigt aus dem Strom- und Gasvertrieb aus

WASSERSTOFF
Wasserstoffspeicher in Huntorf besteht Dichtheitstest

Inhalt

TOP-THEMA
→ **VERANSTALTUNG:** OGE will Lehren aus dem Wasserstoffhochlauf für CO2-Netz

POLITIK & RECHT
→ **POLITIK:** Experten fordern langfristige Lösung für Netzkosten
→ **REGENERATIVE:** Bundeshaushalt um 4,2 Milliarden Euro von EEG-Kosten entlastet
→ **KLIMASCHUTZ:** Stromnetze, Häfen, Offshore: Wie der Norden Tempo macht
→ **KLIMASCHUTZ:** Schneider fordert globales Ziel für Elektrifizierung

HANDEL & MARKT
→ **VERTRIEB:** Espelkamp steigt aus dem Strom- und Gasvertrieb aus
→ **VERTRIEB:** Leipzig stellt Fernwärmetarif um
→ **STATISTIK DES TAGES:** Export von LNG aus den USA nach Europa 2021 bis Juli 2025
→ **WIRTSCHAFT:** Deutscher Solarmodulhersteller startet mit chinesischem Investor neu
→ **REGENERATIVE:** Auf und Ab bei der Direktvermarktung zum November hin

TECHNIK
→ **WASSERSTOFF:** Wasserstoffspeicher in Huntorf besteht Dichtheitstest
→ **WÄRMENETZ:** N-Ergie gibt Millionen für Hybridheizkraftwerk aus
→ **ELEKTROMOBILITÄT:** Neue bidirektionale DC-Ladestation

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN

→ **WASSERKRAFT:** Verbund leidet unter schwindender Wasserkrafterzeugung
→ **PERSONALIE:** Deutz verlängert mit Finanzchef
→ **WIRTSCHAFT:** Neues Joint Venture bündelt Solarstromgeschäft

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR:** Dunkelflaute treibt Strompreise nach oben

SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**
→ **STELLENANZEIGEN**
→ **REDAKTION**
→ **IMPRESSUM**

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

★ TOP-THEMA

OGE will Lehren aus dem Wasserstoffhochlauf für CO2-Netz



Diskutanten auf dem OGE-Dialog (v.l.n.r.): Bernhard Kluttig (BMWE), Manuel Mohr, (VDZ), Thomas Hüwener (CEO OGE) und Miguel Lopez (CEO Thyssenkrupp AG). Quelle: OGE

VERANSTALTUNG. Beim „Energiepolitischen Dialog 2026“ in Berlin diskutierte OGE mit Vertretern aus Politik und Industrie, welche Voraussetzungen der Aufbau einer CO2-Infrastruktur benötigt.

Der Aufbau einer CO2-Infrastruktur in Deutschland sollte sich an den Erfahrungen mit dem Wasserstoff-Kernnetz orientieren. Infrastruktur, Nachfrage und Finanzierung müssten von Beginn an aufeinander abgestimmt werden. Das war eine zentrale Erkenntnis des Energiepolitischen Dialogs 2026, zu dem der Gastransportnetzbetreiber Open Grid Europe (OGE) Vertreter aus Politik, Industrie und Verbänden eingeladen hatte.

Unter dem Titel „Vom H2-Kernnetz bis zur CO2-Infrastruktur: Erfolgsmodelle für die Transformation“ diskutierten Branchenvertreter und Politiker am 5. November in Berlin über die Voraussetzungen für den Aufbau neuer Infrastrukturen und Märkte.

Muster H2-Netz

Die Erfahrungen mit dem Wasserstoff-Kernnetz zeigen nach Einschätzung der Diskussionsteilnehmenden, dass Deutschland große Infrastrukturprojekte für die Energiewende umsetzen kann. Erste Leitungsabschnitte sind bereits in Betrieb. Über das Projekt GET H2 fließt Wasserstoff von Lingen nach Marl. Zudem sind nach Angaben von OGE bereits rund 6.000 MW Transportkapazität im Kernnetz reserviert.

Allerdings reicht der Aufbau der Leitungen allein nicht aus, um einen Wasserstoffmarkt zu etablieren. Dafür brauche es ebenso ausreichende Wasserstoffmengen, eine entsprechende Nachfrage und verlässliche politische Rahmenbedingungen, die Investitionen ermöglichen.

„Mit dem H2-Kernnetz haben wir gezeigt, dass Deutschland große Infrastrukturprojekte für die Transformation auf den Weg bringen kann“, sagte Thomas Hüwener, CEO von OGE. Die vielleicht wichtigste Lehre daraus laute: „Infrastruktur, Markt und Finanzierung müssen von Anfang an zusammengedacht und synchronisiert werden“, sagte er.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Diese Erfahrungen sollten nun beim Aufbau einer CO2-Infrastruktur genutzt werden. Nur wenn Investitionen, Nachfrage und Netzausbau zusammenkämen, könne der Hochlauf gelingen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gestärkt werden.

CO2-Abscheidung braucht einen tragfähigen Markt

Eine CO2-Infrastruktur ist insbesondere für Branchen relevant, deren Emissionen sich nicht vollständig vermeiden lassen. Dazu zählen unter anderem die Zement-, Kalk- und Stahlindustrie. Für sie können Verfahren zur Abscheidung und Speicherung von CO2 (Carbon Capture and Storage, CCS) eine Möglichkeit sein, unvermeidbare Emissionen zu reduzieren. Voraussetzung dafür sind neben Transportleitungen auch wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen.

Manuel Mohr, Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Zementwerke (VDZ) verwies darauf, dass Investitionen in die CO2-Abscheidung einen verlässlichen Marktrahmen voraussetzen. Dieser müsse einen Business Case für CCS-Projekte ermöglichen. „Ohne finanzielle Förderung, staatliches De-Risking und die Aussicht auf eine Nachfrage nach dekarbonisierten Produkten wird der Hochlauf nicht gelingen“, sagte Mohr.

Auch Thyssenkrupp-CEO Miguel Lopez betonte die Bedeutung verlässlicher Rahmenbedingungen. Eine wettbewerbsfähige Wasserstoffwirtschaft sei entscheidend, um die Dekarbonisierung der Industrie voranzutreiben und die Energieversorgung in Europa resilienter zu gestalten. Dafür brauche es wettbewerbsfähige Energiekosten, einen beschleunigten Infrastrukturausbau und eine faire Risikoverteilung entlang der Wertschöpfungskette.

Als Beispiel nannte Lopez die im April gegründete European Resilience Alliance. Gemeinsam mit 13 weiteren CEOs europäischer Unternehmen entlang der Wasserstoffwertschöpfungskette, darunter OGE, wolle Thyssenkrupp damit die Nachfrage nach Wasserstoff stärken und den grenzüberschreitenden Netzausbau beschleunigen.

Bundesregierung plant Aktionsplan Carbon Management

Bernhard Kluttig, Leiter der Abteilung Gas und Wasserstoff im Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) verwies auf die bisherigen Fortschritte beim Wasserstoffhochlauf. Das Ministerium habe im Oktober das Maßnahmenpaket „Wasserstoff für Resilienz und Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ vorgelegt. Ziel sei es, den Wasserstoffmarkt auf einer realistischen Grundlage weiterzuentwickeln.

Parallel dazu arbeite das Ministerium an den Voraussetzungen für den Aufbau einer CO2-Infrastruktur. „Das BMWE wird dazu einen Aktionsplan Carbon Management erarbeiten. Investitionssicherheit und Tempo bleiben dabei entscheidende Faktoren“, kündigte Kluttig an.

Neben der Dekarbonisierung der Industrie stand beim Dialog auch die Versorgungssicherheit im Mittelpunkt. Wasserstoff- und CO2-Infrastrukturen könnten künftig wichtige Bausteine für einen resilienten Industriestandort Deutschland sein. Dafür müssten Politik und Wirtschaft die regulatorischen Voraussetzungen schaffen, um private Investitionen zu ermöglichen und neue Märkte zu entwickeln. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / canadastock

Experten fordern langfristige Lösung für Netzkosten

POLITIK. Der Bund will die Übertragungsnetzkosten von 2027 bis 2029 mit jährlich 5,53 Milliarden Euro bezuschussen. Sachverständige kritisieren die Kürzung und fordern strukturelle Lösungen.

Die geplante Fortsetzung des Bundeszuschusses zu den Übertragungsnetzkosten stößt bei Sachverständigen grundsätzlich auf Zustimmung. Zugleich sehen sie Verbesserungsbedarf bei der Ausgestaltung und Finanzierung. Das wurde bei einer Anhörung im Energieausschuss des Deutschen Bundestages am 6. November deutlich.

Gegenstand war der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), mit dem der Zuschuss für die Jahre 2027 bis 2029 geregelt werden soll. Der Entwurf sieht jährliche Zuschüsse von 5,53 Milliarden Euro vor. Damit würde die staatliche Unterstützung verglichen zu den 6,5 Milliarden Euro 2026 sinken.

Tom Bauermann vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung begrüßte grundsätzlich, dass der Bund die Netzentgelte durch Zuschüsse begrenzen und eine Lösung für die kommenden drei Jahre schaffen wolle. Allerdings sei unklar, ob und in welchem Umfang die Förderung tatsächlich die Stromkosten von privaten Haushalten sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen senke.

Zudem handele es sich eher um eine kurzfristige Maßnahme für ein langfristiges Problem. Bauermann sprach sich deshalb dafür aus, die staatliche Beteiligung an den Übertragungsnetzbetreibern auszuweiten. Das könne die Kapitalkosten reduzieren und den Anstieg der Netzentgelte begrenzen. Eine solche Lösung sei seiner Einschätzung nach auch mit der Schuldenbremse vereinbar und könne langfristige Preissignale an Haushalte und Unternehmen senden.

Verbraucherschützer bevorzugen Stromsteuersenkung

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Henning Herbst vom Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) bewertete Bundeszuschüsse zur Senkung von Strompreisumlagen und Netzentgelten ebenfalls grundsätzlich als mögliches Entlastungsinstrument. Eine Senkung der Stromsteuer wäre nach Ansicht von Herbst deutlich zielgenauer und effizienter. Die Bundesregierung solle Maßnahmen wählen, die alle privaten Haushalte spürbar und gleichermaßen entlasten. Sollte sie dennoch am Netzzuschuss festhalten, müsse sichergestellt sein, dass die Entlastung tatsächlich bei den Haushalten ankomme.

Christine Janssen vom Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz begrüßte den Zuschuss auch im Namen der drei weiteren Übertragungsnetzbetreiber Amprion, Tennet und Transnet BW. Die Fortführung sei ein wichtiges energiepolitisches Signal zur Stabilisierung der Strompreise. Für die Netzbetreiber entstehe dadurch kein wirtschaftlicher Vorteil, da sie gesetzlich verpflichtet seien, die Mittel zur Senkung der Netzentgelte einzusetzen.

Die mehrjährige Absicherung schaffe Verlässlichkeit, die insbesondere für Unternehmen und deren Investitionsentscheidungen wichtig sei. Der Zuschuss allein reiche jedoch nicht aus. Zusätzlich müsse die Politik daran arbeiten, die Kosten des Gesamtsystems mittel- und langfristig zu begrenzen. Dazu gehöre ein effizienter und bedarfsgerechter Netzausbau. Janssen forderte außerdem einen zügigen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens. Nur so könnten die Übertragungsnetzbetreiber die endgültigen Netzentgelte rechtssicher in der aktuell kalkulierten Höhe veröffentlichen.

Industrie kritisiert Kürzung des Zuschusses

Carsten Rolle vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unterstützte den Gesetzentwurf als wichtige Entlastungsmaßnahme. Deutschland liege im internationalen Vergleich bei den Strompreisen und insbesondere bei den Übertragungsnetzentgelten weit vorne. Der Zuschuss komme allen Verbrauchern zugute und stärke die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Diese könnten die Entlastung auch an ihre Kunden weitergeben.

Der Zuschuss von 6,5 Milliarden Euro im laufenden Jahr habe eine große Hebelwirkung entfaltet. Die Industrie hätte sich deshalb eine Fortsetzung auf diesem Niveau gewünscht. Durch die geplante Kürzung müssten Unternehmen nun etwas höhere Preise weitergeben. Positiv sei allerdings die zusätzliche Planungssicherheit für die kommenden drei Jahre. Eine Entlastung müsse so lange bestehen bleiben, wie Deutschland im internationalen Vergleich deutlich höhere Netzkosten habe.

IG Metall verlangt strukturelle Reform

Auch Thomas Würdinger von der IG Metall begrüßte den Gesetzentwurf. Die Kürzung des Zuschusses kritisierte Würdinger hingegen deutlich. Er forderte mindestens eine Verstetigung auf dem Vorjahresniveau. Die Begründung mit dem Konsolidierungsdruck der Bundesregierung überzeuge ihn nicht. Allein für die Stahlindustrie entstünden dadurch jährlich Mehrkosten von 50 Millionen Euro.

Konkret schlug er vor, die Eigenkapitalbasis der Netzbetreiber durch öffentliches Kapital und eine Beteiligung des Bundes zu erweitern. Gegenüber einer Finanzierung über zusätzliche private Investoren könne dies nach seiner Einschätzung mehrere Milliarden Euro einsparen. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

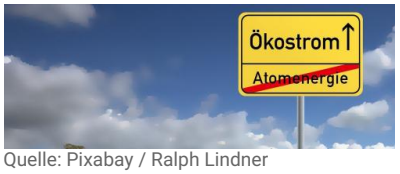
^ Zum Inhalt

WERBUNG

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



Bundeshaushalt um 4,2 Milliarden Euro von EEG-Kosten entlastet



Quelle: Pixabay / Ralph Lindner

REGENERATIVE. Die EEG-Ausgaben des Bundes sinken 2026 voraussichtlich um 4,2 Milliarden Euro. Der Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) führt das vor allem auf gestiegene Strompreise zurück.

Die Ausgaben des Bundes für die Finanzierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gehen 2026 voraussichtlich deutlich zurück. Nach Einschätzung des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) wird das EEG-Konto in diesem Jahr um 4,2 Milliarden Euro weniger belastet als im Vorjahr. BEE-Präsidentin Ursula Heinen-Esser sieht darin eine Entlastung für den Bundeshaushalt, verweist aber zugleich auf die Ursachen der Entwicklung.

„Eine gute Nachricht für den Bundeshaushalt“, erklärte Heinen-Esser in einem Statement vom 6. November. Der Rückgang sei grundsätzlich seit Langem absehbar. So sinke die Fördersumme für erneuerbare Energien im EEG-Konto unter anderem, weil ältere Förderverträge mit höheren Vergütungssätzen schrittweise ausliefen. Diese Entwicklung lasse die entsprechenden Ausgaben seit Jahren zurückgehen.

Den besonders starken Effekt im laufenden Jahr führt die BEE-Präsidentin allerdings vor allem auf die gestiegenen Strompreise zurück. Verantwortlich dafür sei der weiterhin hohe Anteil von Erdgas im deutschen Strommix. Gaskraftwerke gehörten derzeit zu den teuersten Formen der Stromerzeugung, sowohl bei der Bereitstellung als auch beim Betrieb.

Fossile Energieträger treiben Strompreise

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Heinen-Esser rechnet damit, dass fossile Energieträger die Strompreise auch künftig nach oben treiben werden. Die fossile Preiskrise sei keine vorübergehende Erscheinung, sondern werde mit jedem neuen geopolitischen Konflikt erneut aufflammen.

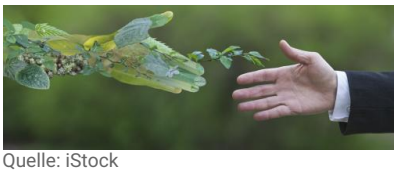
Der Verband sieht deshalb einen weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und zusätzliche Speicher als zentrale Voraussetzungen, um sowohl die EEG-Kosten als auch die Strompreise niedrig zu halten. Dafür müsse der Gesetzgeber verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Insbesondere sollten Investitionen besser planbar werden und die Finanzierungskosten sinken. Zudem fordert der BEE, durch Digitalisierung die vorhandenen Erzeugungs- und Infrastrukturkapazitäten effizienter zu nutzen.

BEE schlägt Stromsteuersenkung vor

Die geringeren Ausgaben für die EEG-Finanzierung könnten nach Ansicht des Verbands auch für eine Entlastung der Stromverbraucher eingesetzt werden. Heinen-Esser schlägt vor, die frei werdenden Mittel für eine Senkung der Stromsteuer für Privathaushalte zu verwenden. Dies wäre aus Sicht des BEE ein sinnvoller Beitrag zur finanziellen Entlastung der Haushalte und Förderung von Elektrifizierung zur Ablösung fossiler Brennstoffe. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

Zum Inhalt

Stromnetze, Häfen, Offshore: Wie der Norden Tempo macht



Quelle: iStock

KLIMASCHUTZ. Unfaire Verfahren, jahrzehntelange Planungen und kaum Investitionen: Warum die fünf Küstenländer sich zusammenschließen – und was sie gemeinsam erreichen wollen.

Bessere Hinterlandanbindung, Investitionen in Häfen und Förderung von Offshore-Windenergie: Die Küstenländer möchten sich gemeinsam für die norddeutsche Wirtschaft bei der Bundesregierung und der EU einsetzen. „Wir werden nur, wenn wir unsere Kräfte bündeln, weiter vorankommen“, sagte Bremens Hafen- und Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Linke) nach der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz der Küstenländer in Bremen.

Die Küstenländer wollen die Hightech Agenda Deutschland nutzen, um Vorhaben in der Luft- und Raumfahrt, der maritimen Wirtschaft und der Windenergie voranzubringen und zu finanzieren. „Wir machen es zusammen, damit wir finanzstärker werden“, sagte Vogt. Sonst könnten Unternehmen in Länder mit höheren Fördersummen abwandern. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Bremen soll länderübergreifende Anträge ausarbeiten, beim Hightech-Gipfel 2027 möchte der Norden zusammen auftreten.

Die Länder fordern unter anderem einen schnelleren Ausbau der Stromnetze und verbindlichere Ausbaupflichten, Zeitpläne und Berichtspflichten für Netzbetreiber. In vielen Regionen fehlten Anschlusskapazitäten, vor allem in den Verteilnetzen. Das bremse Investitionen, Ansiedlungen und den Umstieg auf klimafreundliche Produktion.

Bisher gilt: Wer zuerst kommt, bekommt den Anschluss – auch wenn sein Vorhaben unsicher ist. „Das hat dazu geführt, dass Spekulanten sich Netzanschlüsse gesichert haben“, kritisierte Vogt. Der Norden setzt sich nun für transparente, rechtssichere Verfahren ein, mit denen wichtige und realisierbare Projekte vorgezogen werden können.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Bau von Offshore-Konverterplattformen

Der Bau von Offshore-Konverterplattformen soll gestärkt werden. Die Länder fordern vom Bund, die bisherigen Ausbauziele nicht zurückzunehmen und die Plattformen stattdessen als Schlüsseltechnologie zu definieren.

„Jetzt hakt es bei der Vergabe dieser Plattformen“, sagte Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). Eine solche Plattform koste zwischen 2,5 und 3 Milliarden Euro. „Niemand investiert in Kapazitäten, wenn er nicht weiß, wie es denn nun die nächsten Jahre um die Aufträge aussieht.“

Der Norden möchte außerdem die maritime Industrie vor unfairem Wettbewerb schützen. So stünden Monopile-Hersteller durch den Wettbewerb mit staatlich gestützten chinesischen Anbietern unter Druck, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Maritimer Koordinator Jochen Schulte (SPD). Deshalb müsse sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für wirksamen Schutz einsetzen. Ein Monopile ist ein Stahlpfahl, der als Fundament in den Meeresboden gerammt und für Offshore-Windturbinen benötigt wird.

Maritimes Cluster Norddeutschland

Die fünf Länder setzen das Maritime Cluster Norddeutschland ab Januar für weitere fünf Jahre fort und finanzieren es. Rund 370 Mitglieder aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung gehören dazu. „Gerade angesichts der wachsenden Bedeutung unserer Häfen und der kritischen Infrastruktur in Nord- und Ostsee müssen wir unsere maritime Kompetenz weiter ausbauen“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne (SPD).

Die Hinterlandanbindung der Seehäfen soll verbessert und deren Finanzierung gesichert werden. Der Norden will das Tempo erhöhen und Planungen vorantreiben. „Bei Großprojekten wie der Autobahn 20 oder der A39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg planen die Behörden unserer Länder teilweise nun schon seit fast 20 Jahren vor sich hin und beschäftigen eher Gerichte als Baufirmen“, kritisiert Madsen. Grund seien ständig neue Anforderungen auf EU-Ebene, die zu Beginn der Planungen teilweise nicht einmal existent waren. Eine Lösung könnte eine Stichtagsregelung sein. // VON DPA

Zum Inhalt

Schneider fordert globales Ziel für Elektrifizierung



Bundesumweltminister Carsten Schneider vor der COP 31. Quelle: Susanne Harmsen

KLIMASCHUTZ. Bundesumweltminister Carsten Schneider will die COP31 in Antalya nutzen, um den weltweiten Ausbau erneuerbarer Energien und die Elektrifizierung voranzutreiben.

Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) erwartet von der Weltklimakonferenz COP31 in Antalya konkrete Signale für eine beschleunigte Energiewende. Die COP31 findet vom 9. bis 20. November 2026 im türkischen Antalya statt. Insbesondere beim Ausbau der Stromnetze müsse es schneller vorangehen, sagte Schneider vor Journalistinnen und Journalisten im Bundesumweltministerium in Berlin.

Er begrüßte zudem die Initiative der türkischen und australischen Präsidentschaft, ein globales Elektrifizierungsziel mit einem Fahrplan für die kommenden Jahre zu vereinbaren.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Die Türkei will nach bisherigen Plänen erreichen, dass der Anteil elektrischer Energie am weltweiten Endenergieverbrauch bis 2035 von derzeit rund 20 auf 35 Prozent steigt. Damit sollen fossile Energieträger wie Öl, Gas und Kohle zunehmend durch Strom ersetzt werden. Schneider zufolge hatte Deutschland das Thema bereits beim Petersberger Klimadialog im April eingebracht und werde die Initiative unterstützen.

Klimaschutz greift zu langsam

„Der so genannte Overshoot Report des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen zeigt, dass wir die 1,5-Grad-Grenze der Klimaerwärmung überschreiten werden“, mahnte Schneider. Das Risiko schwerwiegender, teils katastrophaler und irreversibler Folgen des Klimawandels steigt damit weiter an. Die Elektrifizierung sei ein wichtiger Hebel für den Klimaschutz und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, sagte der Minister.

Unternehmen könnten beispielsweise ihre Fahrzeugflotten elektrifizieren oder Industriewärmepumpen einsetzen. Zusammen mit dem Ausbau erneuerbarer Energien könne dies langfristig die Stromkosten senken, die Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Arbeitsplätze sichern. Voraussetzung sei allerdings, dass ausreichend erneuerbarer Strom zur Verfügung stehe und über die Netze dorthin transportiert werde, wo er benötigt werde.

Schneider sieht fossile Abhängigkeiten als Risiko

Schneider warnte vor den wirtschaftlichen und geopolitischen Risiken fossiler Energieimporte. Regionale Konflikte könnten die Preise für Öl, Gas und Kohle erheblich steigen lassen. Erneuerbare Energien böten dagegen mehr Unabhängigkeit und stärkten die Versorgungssicherheit. „In einer Welt neuer Bedrohungen sind Erneuerbare Energien Sicherheits-Energien“, sagte Schneider.

Die Energiewende sei keine deutsche Sonderentwicklung, sondern eine globale Bewegung. Als Beispiele nannte der Minister den weltweiten Ausbau erneuerbarer Energien, den wachsenden Anteil von Elektroautos und die Bedeutung emissionsarmer Umwelt- und Energietechnologien. Der Clean-Tech-Sektor trage nach seinen Angaben rund 320 Milliarden Euro zur deutschen Bruttowertschöpfung bei und beschäftige inzwischen mehr Menschen als die Automobilbranche.

Neben der Elektrifizierung und dem Ausbau erneuerbarer Energien soll auch die Anpassung an den Klimawandel bei der COP31 eine wichtige Rolle spielen. Schneider verwies auf die Folgen des vergangenen Sommers mit Waldbränden, Wasserknappheit, Einschränkungen der Binnenschifffahrt und Ernteverlusten. Eine Strategie für mehr Resilienz müsse deshalb auch den Schutz der Wasserressourcen umfassen. Er verwies auf das deutsche Klimaanpassungsgesetz und das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz.

Verbände verlangen mehr Klimafinanzierung

Vor Beginn der Konferenz fordern die Klima-Allianz Deutschland und der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) die Bundesregierung auf, ihre internationale Verantwortung wahrzunehmen. Deutschland solle gemeinsam mit anderen Vorreiterstaaten einen geordneten Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas vorantreiben und seine Zusagen zur Klimafinanzierung einhalten.

Viviane Raddatz, Geschäftsführerin der Klima-Allianz Deutschland, sieht in der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ein erhebliches wirtschaftliches Risiko. Deutschland zahle im Durchschnitt jährlich 80 Milliarden Euro für fossile Importe, in Krisenzeiten bis zu 100 Milliarden Euro. Zugleich kritisierte sie die geplanten Regelungen zum Netzpaket und zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Diese drohten, die Energiewende auszubremsen. Der Bundestag müsse deshalb nachbessern.

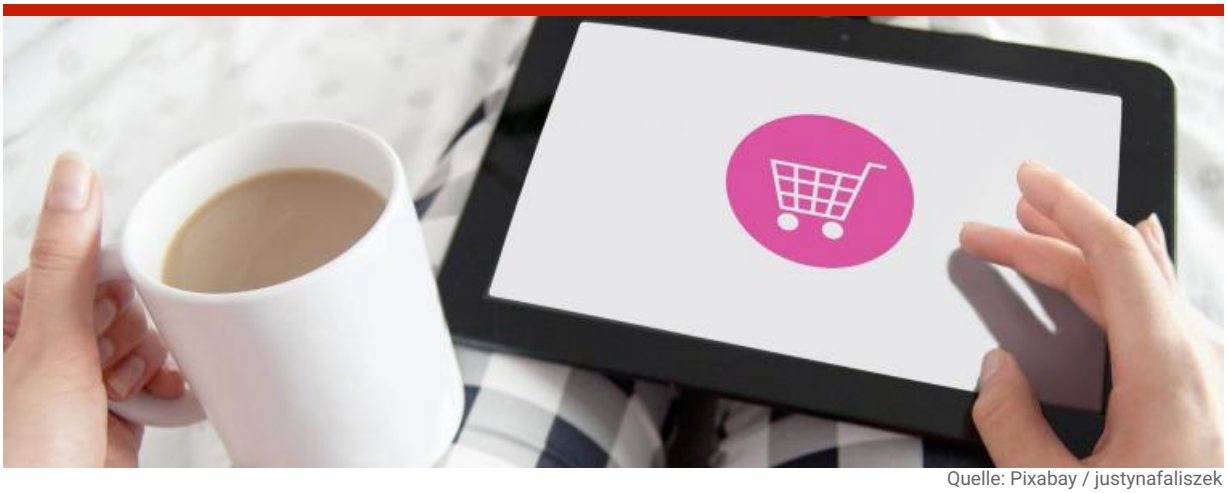
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

VENRO-Vorstandsmitglied Asja Hanano verwies auf die Folgen der Klimakrise für die weltweite Ernährungssicherheit. Die Zahl der Menschen, die von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen seien, habe sich seit 2016 verdoppelt. Sie forderte einen verbindlichen Fahrplan, um die internationale Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen bis 2035 zu verdreifachen. Die Mittel müssten insbesondere besonders gefährdete und konfliktbetroffene Regionen erreichen. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

^ Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

HANDEL & MARKT



Quelle: Pixabay / justynafaliszek

Espelkamp steigt aus dem Strom- und Gasvertrieb aus

VERTRIEB. Die Stadtwerke Espelkamp ziehen sich zum Jahresende aus dem Strom- und Gasvertrieb zurück. Für die Kundinnen und Kunden soll es eine Nachfolgelösung geben.

Die Stadtwerke Espelkamp im Nordosten von Nordrhein-Westfalen ziehen sich aus dem eigenständigen Vertrieb von Strom und Erdgas zurück. Dies geben sie in einer Mitteilung vom 1. November bekannt. Zum 31. Dezember wird das kommunale Unternehmen die Belieferung seiner Kunden beenden. Ab dem 1. Januar kommenden Jahres bietet es keine eigenen Energielieferverträge mehr an.

Ihren Rückzug aus dem Energievertrieb begründen die Stadtwerke mit den veränderten wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten. Neue gesetzliche Anforderungen sowie gestiegene und zunehmend schwer kalkulierbare Risiken hätten das Unternehmen dazu veranlasst, den Geschäftsbereich umfassend zu überprüfen. Die Einstellung des Energievertriebs sei daher die wirtschaftlich und strategisch sinnvollste Lösung.

„Diese Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen“, lässt sich Stadtwerke-Vorstand Klaus Hagemeier in der Mitteilung zitieren. Mit dem Rückzug wolle das Unternehmen die Grundlage für eine langfristig stabile Ausrichtung schaffen. Gleichzeitig hätten die Stadtwerke nach einem kommunalen Partner gesucht, um die regionale Energieversorgung weiterhin mitgestalten zu können.

Erenja bietet Anschlussverträge an

Für die betroffenen Kunden haben die Stadtwerke eine mögliche Nachfolgelösung mit der Erenja AG & Co. KG organisiert. Dieser Energieversorger gehört zur Gelsenwasser-Gruppe mit Sitz in Gelsenkirchen. Mit der Unternehmensgruppe arbeiten die Stadtwerke bereits seit 2016 zusammen. Laut der Internetseite der Stadt Espelkamp gründeten die Stadtwerke damals mit der Gelsenwasser Energienetze GmbH eine gemeinsame Netzgesellschaft, an der die Stadtwerke 51 Prozent halten. Seit Anfang 2024 betreibt Gelsenwasser Energienetze zudem das örtliche Gasnetz.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Die Strom- und Gaskunden der Stadtwerke sollen im November ein persönliches Schreiben erhalten. Darin informieren die Stadtwerke über das Ende der bisherigen Lieferverträge und die erforderlichen Schritte. Zugleich erhalten die Kunden ein individuelles Angebot von Erenja für die Tarife „Espel Strom Öko“ beziehungsweise „Espel Gas“.

Ein automatischer Wechsel zu Erenja ist damit allerdings nicht verbunden. Nach den Informationen auf der Internetseite der Stadtwerke müssen Kunden einen neuen Energieliefervertrag abschließen, wenn sie ab Januar von Erenja versorgt werden möchten. Dafür nennt das Unternehmen den 9. Dezember dieses Jahres als Frist. Wer bis zum Jahreswechsel keinen neuen Liefervertrag abschließt, fällt nach Angaben der Stadtwerke in die gesetzliche Grundversorgung. Die betroffenen Kunden können sich auch für einen anderen Energieanbieter entscheiden.

Kundencenter bleibt erhalten

Obwohl die Stadtwerke ihre eigene Strom- und Gasbelieferung einstellen, bleibt das Kundencenter an der Breslauer Straße 36 in Espelkamp bestehen. Die bisherigen Mitarbeiter stehen dort weiterhin für Fragen rund um die Energieversorgung zur Verfügung. Künftig beraten sie auch zu den Angeboten von Erenja. „Unsere Kundinnen und Kunden können sich darauf verlassen, dass wir sie in diesem Prozess begleiten“, versichert Denise Riemer, Teamleiterin des Kundencenters.

Zum Jahresende müssen die Kunden außerdem ihre Zählerstände ablesen und an den zuständigen Netzbetreiber übermitteln. Für das Stromnetz ist dies die Westnetz GmbH, für das Gasnetz die Gelsenwasser Energienetze GmbH. Die Schlussrechnungen der Stadtwerke sollen ab Ende Januar 2027 folgen.

Der Rückzug betrifft den eigenständigen Vertrieb von Strom und Erdgas, nicht sämtliche Tätigkeiten des kommunalen Unternehmens. Die Stadtwerke Espelkamp sind als Anstalt des öffentlichen Rechts organisiert und übernehmen in der Stadt unter anderem Aufgaben der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Auch im Bereich der Wärmeversorgung sind sie tätig. (ds) // VON DAVINA SPOHN

Diesen Artikel können Sie teilen:

Zum Inhalt

WERBUNG

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten



Leipzig stellt Fernwärmetarif um


Quelle: Stefan Sagmeister

VERTRIEB. Die Leipziger Stadtwerke ersetzen zum Jahresbeginn 2027 ihr bisheriges Standardprodukt durch den Tarif „L-Fernwärme“. Der Grundpreis steigt, der Arbeitspreis sinkt.

Die Leipziger Stadtwerke haben einen neuen Fernwärmetarif. Zum 1. Januar wird das bisherige Standardprodukt „wärme.kompakt“ schrittweise durch „L-Fernwärme“ ersetzt, heißt es in einer Mitteilung.

Der neue Tarif soll die veränderte Erzeugungs- und Kostenstruktur der Wärmeversorgung berücksichtigen. Während der Grundpreis steigt, sinkt der verbrauchsabhängige Arbeitspreis. Hintergrund sind Investitionen in neue Anlagen sowie die zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien und industrieller Abwärme.

Bis 2028 sollen nach Angaben der Stadtwerke rund 40 Prozent der Fernwärme aus erneuerbaren Quellen und Abwärme stammen. Dazu trägt unter anderem eine neue Solarthermieanlage im Leipziger Westen bei, die bereits Wärme ins Netz einspeist. Zudem entsteht derzeit eine Fernwärmetrasse von Leuna nach Leipzig, über die künftig industrielle Abwärme genutzt werden soll.

Mit der Umstellung verändert sich auch die Kalkulation der Fernwärmepreise. Die geringeren Brennstoffkosten sollen den Arbeitspreis senken. Zugleich werden die Investitionen in neue Erzeugungsanlagen stärker über den Grundpreis finanziert.

Für ein Mehrfamilienhaus mit zehn bis 15 Wohneinheiten und einer Anschlussleistung von 80 kW errechnen die Stadtwerke bei einem Wechsel eine jährliche Einsparung von 362 Euro brutto. Verglichen werden dabei die Konditionen des bisherigen Tarifs für 2026 mit denen des neuen Produkts für 2027. Die tatsächlichen Auswirkungen hängen von den jeweiligen Anschluss- und Verbrauchsdaten ab.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Ab Januar 2027 wird „wärme.kompakt“ nicht mehr für Neukunden angeboten. Bestandskunden erhalten in den kommenden Wochen neue Vertragsunterlagen für die schrittweise Umstellung auf den Tarif „L-Fernwärme“. Daneben bieten die Stadtwerke weiterhin den Tarif „wärme.basis“ für Ausnahmefälle an.

Bis Ende 2026 rechnen die Leipziger Stadtwerke mit Fernwärme-Neuanschlüssen von mehr als 25.000 kW Anschlussleistung. Das wären rund 50 Prozent mehr als vor fünf Jahren. „Die Fernwärme befindet sich deutschlandweit im Wandel. Mit dem gezielten Netzausbau und der Einbindung regionaler Quellen machen wir die Leipziger Wärmeversorgung unabhängiger von globalen Rohstoffmärkten“, sagt Stadtwerke-Geschäftsführer Karsten Rogall. // VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen:

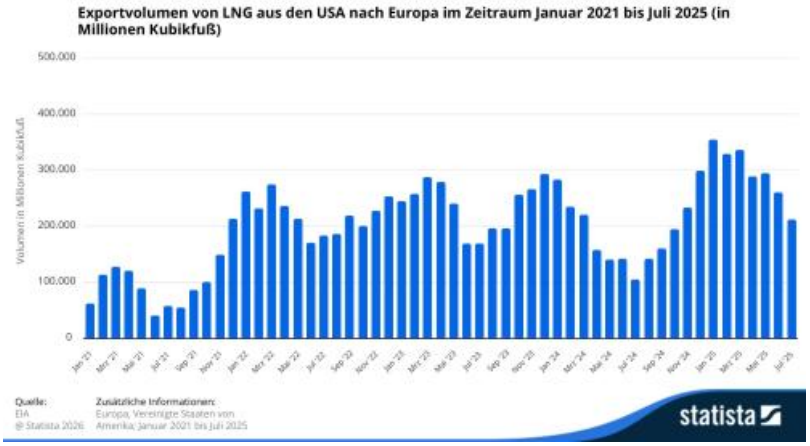
Zum Inhalt

Export von LNG aus den USA nach Europa 2021 bis Juli 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken
Quelle: Statista

Im Juli 2025 exportierten die USA rund 212 Milliarden Kubikfuß an flüssigem Erdgas – LNG – nach Europa. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren die LNG-Exporte höher. Im Jahr 2021 waren die USA bereits der größte Lieferant von LNG für Europa. Der Statistik ist des Weiteren zu entnehmen, dass das Exportvolumen seit Beginn des Krieges in der Ukraine erkennbar zugenommen hat. Die USA sind noch vor Australien und Katar das weltweit größte Exportland von LNG. // VON REDAKTION

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Deutscher Solarmodulhersteller startet mit chinesischem Investor neu


In der Fabrik in Föhren entstehen wieder Solarmodule. Quelle: Soluxtec

WIRTSCHAFT. Nach der Insolvenz im Frühjahr hat der Solarmodulhersteller Soluxtec die Produktion wieder aufgenommen. Im Juli war das chinesische PV-Unternehmen Ronma als Investor eingestiegen.

Neustart bei Soluxtec. Der deutsche Solarmodulhersteller hat nach eigenen Angaben am Standort in Föhren, nordöstlich von Trier gelegen, die Produktion wieder aufgenommen. Im April dieses Jahres war das Unternehmen nach 15 Jahren am Markt in die Insolvenz geschlittert. Im Juli teilte der Insolvenzverwalter mit, dass die Ronma Solar Deutschland GmbH als „strategischer Investor" einsteigt.

Dahinter steht die Ronma Solar Energy Group, ein weltweit agierender Photovoltaikhersteller mit Hauptsitz in Jinhua in der Provinz Zhejiang, China. Am 4. November ist die Soluxtec Germany GmbH mit Sitz in Föhren ins Handelsregister eingetragen worden. Neuer Soluxtec-Geschäftsführer ist Yongbo Yu, der auch die Ronma Solar Deutschland GmbH leitet, die seit Juni 2025 im Handelsregister gelistet ist und in Frankfurt ansässig ist.

„Die Neustrukturierung soll an die bisherigen Stärken von Soluxtec anknüpfen", schrieb der Insolvenzverwalter im Juli. Im Mittelpunkt der künftigen Produktstrategie stünden neue PV-Module mit einer Spitzenleistung bis zu 520 W und einem Wirkungsgrad von mehr als 23,5 Prozent. „Die neue Entwicklungsphase unterstreicht das langfristige Bekenntnis von Soluxtec zur lokalen Produktion in Deutschland", wurde Yongbo Yu zitiert.

Umstellung von M10- auf G12-Format

Der Wiederaufnahme der Produktion sei eine umfassende technische Modernisierung der bestehenden Fertigungslinie vorausgegangen, teilt Soluxtec jetzt mit. Dazu gehören die Umstellung vom M10- (Zellgröße: 182 mal 182 Millimeter) auf das G12-Format (210 mal 210 Millimeter). Zudem komme die Herstellungstechnologie „Tunnel Oxide Passivated Contact" (Topcon) zum Einsatz, die höhere Wirkungsgrade ermöglicht als das konventionelle Verfahren „Passivated Emitter and Rear Cell" (Perc).

Die Kooperation mit Ronma stärke Soluxtec unter anderem in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Solarzellentechnologie, Beschaffung und Produktionsoptimierung, heißt es weiter. „Die strategische Neuaufstellung erfolgt in einem Marktumfeld, in dem die europäische Photovoltaikindustrie verstärkt auf lokale, nachvollziehbare und widerstandsfähige Produktionskapazitäten setzt", erklärte der Insolvenzverwalter im Sommer. (mf) // VON MANFRED FISCHER

Zum Inhalt

Auf und Ab bei der Direktvermarktung zum November hin


Quelle: Shutterstock

REGENERATIVE. In der Direktvermarktung ohne Inanspruchnahme der Marktprämie stieg die gemeldete Leistung zum Oktober um 3,6 Prozent. In der geförderten Direktvermarktung sank sie um knapp 1 Prozent.

Der Aufwärtstrend in der sonstigen Direktvermarktung setzt sich im November fort. Im Gegensatz zu der überraschend sprunghaften Entwicklung bei Wasserkraft im Oktober, als fast 1.000 gemeldete MW hinzukamen (wir berichteten), verteilt sich das Plus diesen Monat auf Windkraft und Photovoltaik.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Summa summarum weisen die vier Übertragungsnetzbetreiber Amprion, Tennet, 50 Hertz und Transnet BW auf ihrer Transparenzplattform für November in der sonstigen Direktvermarktung 38.701 MW aus. Das sind 1.361 MW (3,6 Prozent) mehr als im Vormonat. Die gemeldete Solarenergie-Leistung ist von 12.498 MW auf 13.173 MW gestiegen. Bei Onshore-Windenergie verzeichnen die ÜNB einen Anstieg von 14.790 MW auf 15.318 MW, bei Offshore-Windenergie von 6.591 MW auf 6.916 MW.

Bei Wasserkraft dagegen zeigt sich ein leichter Rückgang. Nach 2.159 MW im Oktober stehen jetzt 1.999 MW in der sonstigen Direktvermarktung zu Buche. Biomasse trägt 1.108 MW in diesem Vermarktungssegment – rund 7 MW weniger als zuletzt.

Zur Einordnung: In den ersten vier Monaten des Jahres lag die gemeldete Leistung unter 32.000 MW. Seit Mai steigt der Wert.

In der geförderten Direktvermarktung summiert sich die gemeldete Leistung diesen Monat auf 105.293 MW nach 106.148 MW im Oktober (minus 0,8 Prozent). Für Onshore-Windkraft weisen die ÜNB 53.883 MW aus (Oktober: 54.776 MW), für Offshore-Windkraft 5.178 MW (Oktober: 5.353 MW). Solarenergie erreicht 38.305 MW (Oktober: 38.086 MW). Die Leistung bei Biomasse erhöht sich um 5,6 MW auf 7.004 MW. Wasserkraft kommt in der geförderten Direktvermarktung im November auf 832 MW (Oktober: 852 MW). (mf) // VON MANFRED FISCHER

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

TECHNIK



Baufortschritt in Huntorf: EWE rüstet eine bestehende Erdgaskaverne für die Wasserstoffspeicherung um. Quelle: Robin Zuch

Wasserstoffspeicher in Huntorf besteht Dichtheitstest

WASSERSTOFF. Eine Erdgaskaverne im niedersächsischen Huntorf soll ab 2028 Wasserstoff speichern. EWE hat nun die Dichtheit der umgerüsteten Bohrung erfolgreich getestet.

Rund 16 Millionen Normkubikmeter Wasserstoff will der Oldenburger Energiekonzern EWE ab 2028 in einer bisher für Erdgas genutzte Kaverne im niedersächsischen Huntorf speichern. Das entspricht etwa 1.440 Tonnen. Der Speicher soll vor allem die Versorgung industrieller Abnehmer absichern und Schwankungen zwischen Wasserstofferzeugung und -verbrauch ausgleichen.

Am Standort Huntorf im Landkreis Wesermarsch betreibt die EWE-Tochter EWE Gasspeicher GmbH sieben Erdgaskavernen. Eine davon rüstet sie derzeit für die Wasserstoffspeicherung um: Die bereits vorhandene Bohrung wurde mit einem neuen, einzementierten Rohrsystem und einer zusätzlichen Abdichtung zum umgebenden Gebirge ausgestattet.

Die Dichtheit ist bei der Umrüstung eines Erdgasspeichers zum Wasserstoffspeicher von großer Bedeutung, wie EWE erklärt. Denn die kleinen Wasserstoffmoleküle stellen hohe Anforderungen an die verwendeten Materialien und Abdichtungen. EWE überprüfte die Bohrung zunächst mit Stickstoff und anschließend mit Wasserstoff. Beide Tests verliefen laut Unternehmen erfolgreich. Sämtliche Messwerte hätten innerhalb der vorgegebenen Prüfkriterien gelegen. Auch in den überwachten Bereichen seien keine auffälligen Druckveränderungen festgestellt worden.

„Damit haben wir nachgewiesen, dass die Abdichtung der Kavernenbohrung zum umgebenden Gebirge den Anforderungen für die Wasserstoffspeicherung entspricht“, erklärt Projektleiter Hayo Seeba.

Weitere Bauarbeiten bis zur Inbetriebnahme

Mit dem bestandenen Dichtheitstest sei ein wesentlicher Teil der unterirdischen Vorbereitungen abgeschlossen, so EWE. Ab Mitte November sollen das Rohrsystem für die spätere Ein- und Ausspeicherung sowie zusätzliche Sicherheitstechnik eingebaut werden. Oberirdisch laufen bereits die Bauarbeiten für Fundamente, Kabeltrassen und Betriebsgebäude.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Für die technische Ausstattung hat EWE unter anderem zwei Wasserstoffverdichter bei Neuman & Esser bestellt. Der Industriedienstleister Bilfinger soll eine Trocknungsanlage errichten. Sie entzieht dem aus der Kaverne entnommenen Wasserstoff Feuchtigkeit, bevor dieser wieder ins Leitungsnetz gelangt.“Die geplante Ein- und Ausspeicherleistung beträgt laut EWE insgesamt 35.000 Normkubikmeter pro Stunde.

Anschluss an das Wasserstoff-Kernnetz

Parallel zum Speicherumbau laufen die Arbeiten zur Anbindung an das Wasserstoff-Kernnetz. Die EWE-Konzerngesellschaften GTG Nord und EWE Netz arbeiten dafür am Leitungsprojekt „H2Coastlink 2“ zwischen Huntorf und Sandkrug (wir berichteten).

Die rund 34 Kilometer lange Verbindung umfasst die Umrüstung von 28 Kilometern bestehender Erdgasleitungen sowie sechs Kilometer Leitungsneubau. Sie soll bis Ende 2027 betriebsbereit sein. Der Anschluss des Speichers ist für 2028 vorgesehen.

Das Projekt gehört zum EWE-Großvorhaben „Clean Hydrogen Coastline“. Dazu zählen auch ein 320-MW-Elektrolyseur in Emden sowie die rund 24 Kilometer lange Wasserstoffleitung „H2Coastlink 1“ zwischen Emden und Leer. Ziel ist der Aufbau einer Infrastruktur, die Wasserstofferzeugung, Transport und Speicherung in Nordwestdeutschland miteinander verbindet. Bund und Land Niedersachsen fördern das Vorhaben im Rahmen des europäischen IPCEI-Programms (Important Projects of Common European Interest).

EWE sieht den Kavernenumbau in Huntorf als ersten Schritt zum Ausbau seiner Wasserstoffspeicherinfrastruktur. Dafür brauche es allerdings verlässliche regulatorische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, betont Peter Schmidt, Geschäftsführer der EWE Gasspeicher GmbH. Investitionen in weitere Speicher müssten wirtschaftlich tragfähig und planbar sein. (ds) // VON DAVINA SPOHN

^ Zum Inhalt

WERBUNG



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

N-Ergie gibt Millionen für Hybridheizkraftwerk aus



HKW im neuen Stadtquartier Tiefes Feld.
Quelle: Kraftanlagen Energies & Services

WÄRMENETZ. Ein Heizkraftwerk, ein BHKW, eine Großwärmepumpe und ein Wärmespeicher sollen einen neuen Stadtteil in Nürnberg versorgen. Die Anlage soll Mitte 2028 in Betrieb gehen.

Die Nürnberger N-Ergie investiert rund 52 Millionen Euro in ein neues Heizkraftwerk im Südwesten der Stadt. Die innovative Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (iKWK) soll künftig einen neuen Stadtteil als auch Teile des bestehenden Fernwärmenetzes versorgen. Als Generalunternehmer ist die Kraftanlagen Energies & Services SE mit der Planung und Errichtung beauftragt, heißt es in einer Mitteilung.

Das Heizkraftwerk kombiniert mehrere Erzeugungsarten. Zur Anlage gehören zwei erdgasbetriebene Blockheizkraftwerke (BHKW) mit jeweils 4,5 MW elektrischer Leistung, die auch auf Wasserstoff umgerüstet werden können. Hinzu kommt eine Großwärmepumpe mit rund 4,6 MW thermischer Leistung. Sie besteht aus vier Modulen und nutzt die Umgebungsluft als Wärmequelle.

Ergänzt wird das System durch einen Wärmespeicher mit einer Kapazität von 60.000 kWh. Der Speicher kann Wärme bei Temperaturen von bis zu 115 Grad Celsius aufnehmen. Zudem werden zwei bereits vorhandene Power-to-Heat-Anlagen in Form von Elektrokesseln mit jeweils 25 MW elektrischer Leistung aus dem Heizkraftwerk Sandreuth in das Gesamtsystem eingebunden.

Die unterschiedlichen Erzeugungsanlagen ermöglichen einen flexiblen Betrieb. Die Großwärmepumpe soll insbesondere die Grundlast der Wärmeversorgung übernehmen. Bei höherem Wärmebedarf, etwa während der Wintermonate, kommen die BHKW zum Einsatz. Sie erzeugen gleichzeitig Strom und Wärme.

Die Elektrokessel ermöglichen es, bei niedrigen Strompreisen zusätzliche Wärme aus Strom zu erzeugen. Der Speicher kann die Wärmeerzeugung zeitlich vom Verbrauch entkoppeln. Perspektivisch soll das Heizkraftwerk auch erneuerbare Wärme aus dem Nürnberger Fernwärmeverbund nutzen können, etwa aus Geothermie oder weiteren Großwärmepumpen.

Das Projekt ist an die Entwicklung des neuen Stadtquartiers „Tiefes Feld“ angelehnt. Dort sollen bis 2030 rund 2.000 Wohnungen für etwa 4.000 Menschen entstehen. Für die Anbindung an das bestehende Fernwärmenetz verlegt N-Ergie seit 2023 rund 2,4 Kilometer neue Fernwärmeleitungen.

Den Auftrag für das Heizkraftwerk erhielt Kraftanlagen Energies & Services im März 2026, der Spatenstich erfolgte im Juni. Nach Angaben des Unternehmens waren im Oktober bereits große Teile der Bodenplatten fertiggestellt und erste Außenwände errichtet. Die Arbeiten lägen im Zeitplan. Die Inbetriebnahme ist für Mitte 2028 vorgesehen. (ds) // VON STEFAN SAGMEISTER

Diesen Artikel können Sie teilen:

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Neue bidirektionale DC-Ladestation



Wallbox für bidirektionales Laden. Quelle: E3DC

ELEKTROMOBILITÄT. Die Marke „E3/DC“ bringt eine bidirektionale Wallbox auf den Markt. Sie erreicht nach Herstellerangaben eine Entladeleistung von jeweils 11 kW.

Neue Ladetechnik aus Osnabrück: Das Unternehmen Hager Energy hat unter der Marke „E3/DC“ eine bidirektionale Wallbox herausgebracht. Die neue Lösung mit der Bezeichnung „edsn“ kommt laut Hersteller auf eine Lade- und Entladeleistung von jeweils 11 kW. Der maximale Wirkungsgrad soll bei über 97 Prozent liegen.

E3/DC sieht die Ladestation insbesondere als Ergänzung zum „Hauskraftwerk one“ und zur Software „AI 360° Energiemanagement“. Es handelt sich um ein Photovoltaik-Speichersystem, das einen Hybridwechselrichter, einen Batteriespeicher und ein Energiemanagementsystem kombiniert. Das Lösung berücksichtigt bei der Steuerung der stationären und mobilen Speicherkapazitäten die Solarstromerzeugung, das Verbrauchsprofil des Gebäudes und die Strompreise am Day-Ahead-Markt. Damit soll die Fahrzeugbatterie nicht nur für die Speicherung von Solarstrom, sondern auch für die preisoptimierte Nutzung dynamischer Stromtarife eingesetzt werden. Auch schafft die Technologie Voraussetzungen für Vehicle-to-Grid-Anwendungen (V2G), heißt es.

Voraussetzung für den bidirektionalen Betrieb ist die Unterstützung des Kommunikationsstandards ISO 15118-20 durch das Fahrzeug sowie dessen Freigabe durch den jeweiligen Hersteller, wie der Osnabrücker Speicher- und Ladetechnikanbieter erklärt. Verschiedene Automodelle etwa von VW, Skoda oder Ford sind dafür bereits ausgelegt.

Neben dem regulären Netzbetrieb schwebt den Ladetechnik-Spezialisten die Integration der Wallbox in den Ersatzstrombetrieb vor. Bei einem Netzausfall soll das Elektrofahrzeug künftig auch im Inselbetrieb zur Versorgung des Gebäudes beitragen können. Damit würde neben dem stationären Speicher eine weitere Energiequelle für die Notstromversorgung zur Verfügung stehen.

Ein halbes Dutzend Anbieter

Die Ladestation sei so konzipiert, dass sie nicht nur mit neuen, sondern perspektivisch auch mit bereits installierten Hauskraftwerken von „E3/DC“ kombiniert werden kann, teilt das Unternehmen mit.

Das Münchner Unternehmen „The Mobility House“ listete in einer Marktübersicht im Juli dieses Jahres 14 Entwickler bidirektionaler Ladestationen auf. Insgesamt sechs Hersteller bieten demzufolge Produkte in Serie an, fünf setzen sie in Projekten ein und drei haben Lösungen angekündigt. 13 Hersteller setzen auf DC-Technologie, einer auf AC.

„Bidirektionales Laden („Bidi“) ist heute keine Zukunftsmusik mehr, sondern wird langsam Realität“, schreibt der Münchner Technologiedienstleister. Gleichwohl benennt er die Knackpunkte: schleppender Smart-Meter-Rollout, die regulatorischen Hemmnisse und dass bisherige Wallboxen nicht „bidi-fähig“ sind. (mf) // VON MANFRED FISCHER

Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

UNTERNEHMEN



Quelle: Pixabay / Peter H

Verbund leidet unter schwindender Wasserkrafterzeugung

WASSERKRAFT. Die Dürre im vergangenen Sommer schlägt voll auf das Ergebnis des österreichischen Energiekonzern Verbund durch. Die Wasserkraftwerke erzeugten 20 Prozent weniger Strom als üblich.

Ebbe in den Flüssen, Ebbe in der Kasse: Die Trockenheit in Europa wirkt sich mittlerweile erheblich auf das Geschäft des österreichischen Verbund-Konzerns aus.

In den ersten neun Monaten 2026 erzeugten die Wasserkraftwerke des größten Stromerzeugers des Landes rund 16 Milliarden kWh Strom, das sind rund 4 Milliarden kWh oder 20,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die „historisch niedrige Wasserführung“ stelle den Verbund zunehmend vor Herausforderungen, so das Unternehmen am 5. November.

Rund 86 Prozent der Stromerzeugung des Verbunds stammen aus Wasserkraft. Besonders betroffen sind von der Dürre die Laufwasserkraftwerke, deren Stromerzeugung unmittelbar von den vorhandenen Wassermengen abhängt. Der Erzeugungskoeffizient lag in den ersten drei Quartalen bei lediglich 0,61. Ein Koeffizient von 1,0 entspricht einer durchschnittlichen Wasserführung. Die Laufwasserkraftwerke des Verbunds blieben somit um 39 Prozent unter dem langjährigen Mittel.

Auch die Speicherkraftwerke produzierten weniger. Ihre Stromproduktion sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10,6 Prozent. Zwar können die Pumpspeicheranlagen Wasser speichern und bedarfsgerecht verstromen, sind aber ebenfalls auf ausreichende Niederschläge und Schmelzwasser angewiesen.

Wie viele Teile Europas leidet auch Österreich unter einer monatelangen Trockenheit. Nach Angaben des österreichischen Wetterdienstes Geosphere Austria war die zwölfmonatige Periode bis August 2026 die trockenste seit Beginn der landesweiten Messreihe im Jahr 1850. Bereits der Winter 2025/2026 und das anschließende Frühjahr waren niederschlagsarm. Hinzu kam ein heißer und trockener Sommer.

Für den Verbund hat die Trockenheit nicht nur Auswirkungen auf die Erzeugungsmengen. Sie belastet auch die Stromvermarktung. Der Konzern verkauft einen Teil seiner erwarteten Wasserkraftproduktion bereits im Voraus am Terminmarkt, um Preise abzusichern.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Fällt die Stromproduktion anschließend geringer aus als geplant, müssen die fehlenden Mengen anderweitig beschafft werden. Dieses Problem traf den Verbund in den vergangenen Monaten. Wegen des Niedrigwassers konnten bereits verkaufte Strommengen nicht vollständig selbst erzeugt werden. Das Unternehmen musste deshalb größere Mengen am kurzfristigen Strommarkt zurückkaufen.

Hinzu kam, dass die Spotmarktpreise zum Zeitpunkt der Rückkäufe stark gestiegen waren. Der Verbund musste den Strom zu höheren Preisen einkaufen, um seine zuvor eingegangenen Lieferverpflichtungen zu erfüllen.

Insgesamt sank die eigene Stromproduktion des Konzerns um 17,6 Prozent. Die finanziellen Folgen sind entsprechend sichtbar: Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) ging in den ersten neun Monaten um 29 Prozent auf rund 1,5 Milliarden Euro zurück. Das Konzernergebnis verringerte sich um 43,5 Prozent auf knapp 685 Millionen Euro. (sag) // VON STEFAN SAGMEISTER

Zum Inhalt

WERBUNG



Deutz verlängert mit Finanzchef


Finanzvorstand Oliver Neu. Quelle: Deutz AG

PERSONALIE. Der Kölner Technologiekonzern Deutz hat den Vertrag mit Finanzvorstand Oliver Neu vorzeitig verlängert.

Oliver Neu verantwortet auch in Zukunft die Finanzen der Deutz AG in Köln. Der Konzern, der unter anderem Motoren für Blockheizkraftwerke baut, hat den Vertrag des 45-Jährigen bis 2032 verlängert. Das aktuelle Arbeitspapier des Diplom-Kaufmanns läuft noch bis zum 30. September 2027.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Neu war von 2021 bis 2024 als Leiter „Finance & Controlling“ für Deutz tätig. Seit Herbst 2024 hat er den Posten des Chief Financial Officers (CFO) inne. Während dieser Zeit habe er maßgeblich zur erfolgreichen Umsetzung der Portfoliostrategie des Unternehmens beigetragen, heißt es in einer Mitteilung.

Er habe dem Unternehmen die finanzielle Flexibilität verschafft, bei weiterhin solider Finanzlage gezielt in seine Transformation investieren zu können, zuletzt mit der erfolgreichen Kapitalerhöhung im September 2026, heißt es weiter. Er habe die Finanzierung des Erwerbs der Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft mbH (FFG) verantwortet, „der bislang größten Transaktion in der Unternehmensgeschichte“.

Die FFG ist ein Rüstungs- und Technologieunternehmen, das gepanzerte Militärfahrzeuge baut. Der Kaufpreis betrug laut Deutz rund 1,6 Milliarden Euro. Im Jahresabschluss für 2025 weist die FFG einen Umsatz von 781 Millionen Euro und einen Jahresüberschuss von 179 Millionen Euro aus. Die Übernahme wurde den Vernehmen nach Anfang November 2026 abgeschlossen. Im Zuge dessen sei die Konzernfinanzierung von Deutz neu strukturiert worden.

„Ich freue mich über das entgegengebrachte Vertrauen und natürlich darauf, die Unternehmenstransformation als Teil des Vorstandsteams weiterhin aktiv mitzugestalten“, wird Neu zitiert. „Gemeinsam werden wir Deutz auf das nächste Level bringen – und das nachhaltig profitabel, für den globalen Wettbewerb gewappnet und mit ausreichend finanziellem Spielraum.“ (mf) // VON MANFRED FISCHER

Zum Inhalt

Neues Joint Venture bündelt Solarstromgeschäft



Die Chefs des Joint Venture: Hendrik Schubert (linlks) und Florian Thelen. Quelle: Centroplan Energy

WIRTSCHAFT. Centroplan und We Share Energy gründen die Centroplan Energy GmbH. Das Gemeinschaftsunternehmen soll Solarstromerzeugung, Speicherung und Vermarktung für Gewerbe und Industrie bündeln.

Neuer Akteur am Markt für Solarstrom: Die Centroplan GmbH mit Sitz in Baesweiler, Nordrhein-Westfalen, und die „WeShareEnergy GmbH“ in Düsseldorf haben das Gemeinschaftsunternehmen Centroplan Energy GmbH ins Leben gerufen. Das Joint Venture, das seinen Sitz in Baesweiler hat, soll die Planung und den Betrieb von Photovoltaik- und Speicheranlagen mit der Vermarktung des erzeugten Stroms verbinden, teilen die beiden Partner mit.

Centroplan bringt nach eigenen Angaben rund 20 Jahre Erfahrung in der Planung, Realisierung und im Betrieb von Energiesystemen für Gewerbe und Industrie ein. Das Unternehmen ist auf Photovoltaikanlagen, Batteriespeicher und Energiemanagement-Lösungen spezialisiert. We Share Energy ist seit 2023 am Markt und konzentriert sich auf Energy-Sharing-Modelle sowie den Stromvertrieb für Unternehmen.

Geschäftsführer der neuen Gesellschaft sind Hendrik Schubert von We Share Energy und Florian Thelen von Centroplan. Ziel ist es, Erzeugung, Speicherung, Verbrauch und Vermarktung von Solarstrom aufeinander abzustimmen.

Zunächst will Centroplan Energy die Direktvermarktung von Solarstrom anbieten. Dafür kommen laut Unternehmen je nach Ausgangslage unterschiedliche Modelle infrage. Dazu zählen das Marktprämienmodell, der direkte Verkauf an der Strombörse sowie langfristige Lieferverträge mit Großabnehmern.

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

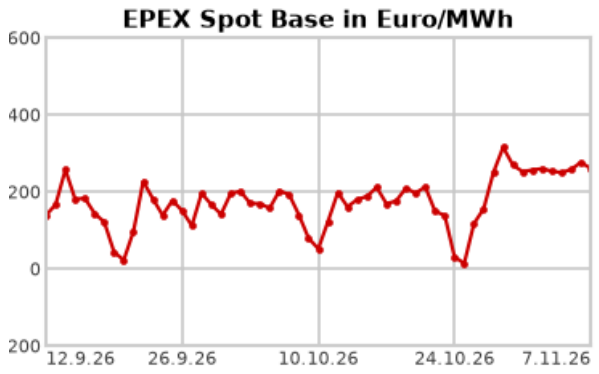
In den kommenden Monaten soll das Angebot um Tarifoptimierung und Energy-Sharing-Modelle erweitert werden. Bei der Tarifoptimierung geht es insbesondere um die Nutzung variabler Stromtarife. Energy Sharing soll zudem die gemeinschaftliche Nutzung von Strom ermöglichen – auch über mehrere Standorte hinweg. (mf) // VON MANFRED FISCHER

^ Zum Inhalt

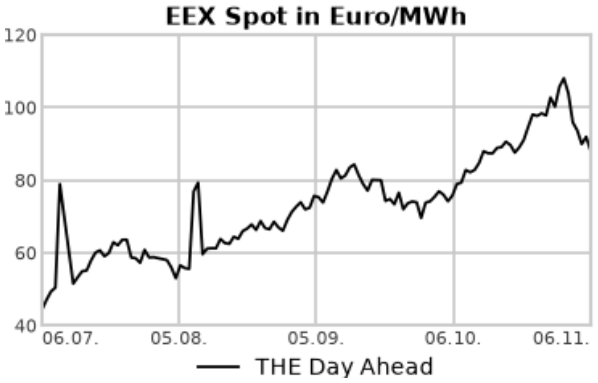
© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Dunkelflaute treibt Strompreise nach oben



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO2- und Gasmarkt.

Überwiegend nach unten ging es vor dem Wochenende mit den Energiemärkten. Diese stehen noch immer unter dem Eindruck der Zwischenwahlen in den USA. Nach dem Sieg der Demokraten könnte es dem Kongress gelingen, die Handlungsspielräume des US-Präsidenten einzuengen und ihn zu einem konzilianteren Vorgehen im Mittleren Osten zu nötigen.

Hinzu kommen neue Wetterprognosen für Deutschland und Nordwesteuropa. Zwar prognostizieren die Wetterdienste bei den Temperaturen ein gehöriges Auf und Ab. In Summe dürfte sich die Witterung jedoch um den Saisondurchschnitt bewegen. Frühe Kälteeinbrüche und markante Rückgänge der europäischen Speicherbestände schon zu Beginn des Frühwinters sind zunächst nicht zu befürchten.

Strom: Überwiegend schwächer hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag präsentiert. Im Base wurde der Montag gegen 13.30 Uhr mit 377,00 Euro je Megawattstunde gehandelt. Am Donnerstag hatte der Freitag selbst im außerbörslichen Handel 270,35 Euro in der Grundlast gekostet. An der Börse wurde der Montag am Freitag mit 376,00 Euro je Megawattstunde in der Grundlast bewertet.

Maßgeblich für den Preissprung von Freitag auf Montag ist die deutlich geringere Erneuerbareneinspeisung, die für den ersten Arbeitstag der neuen Woche erwartet wird. Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte sich am Montag laut Eurowind nur auf 8,1 Gigawatt belaufen und sich damit im Bereich einer Dunkelflaute bewegen. Für den Freitag hatten die Meteorologen von Eurowind noch 18,6 Gigawatt prognostiziert. An den Folgetagen soll es in Deutschland wärmer werden, aber zunächst noch windschwach bleiben.

Am langen Ende sank das Cal 27 im Verein mit Gas, CO2 und Kohle um 3,01 auf 144,94 Euro je Megawattstunde.

CO2: Die CO2-Preise haben am Freitag nachgegeben. Der Dec 26 verlor bis gegen 13.32 Uhr 1,81 auf 87,14 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 16,4 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 89,13 Euro, das Tief bei 87,11 Euro.

Händler verwiesen zur Begründung der Abgaben auf die Verluste an den Nachbarmärkten wie Gas, Strom

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

und Kohle und an den Aktienbörsen. Am Donnerstag waren vor allem Chipaktien den zweiten Tag in Folge unter die Räder geraten, belastet vom Ergebnis der US-Kongresswahl. Der deutliche Wahlsieg der Demokraten ließ Anleger fürchten, dass der Ausbau von Künstlicher Intelligenz (KI) und der dazugehörigen Infrastruktur gebremst werden könnte.

Erdgas: Die europäischen Erdgaspreise haben sich am Freitag abwärts bewegt. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 13.30 Uhr 1,694 auf 87,806 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es um 2,365 auf 89,800 Euro je Megawattstunde nach unten.

Wie am Ölmarkt verweisen Händler darauf, dass die Friedenshoffnungen im Mittleren Osten deutlich zugenommen haben. Beachtlich ist dabei, dass der Gaspreis in einem ähnlich hohen Tempo wie der Ölpreis gefallen ist. Diese Euphorie könnte allerdings verfrüht sein, so die Analysten der Commerzbank. Denn nicht nur steht eine tatsächliche Friedenserklärung bislang aus, auch im Anschluss müsste die Straße von Hormus erst einmal nachhaltig geöffnet werden.

Für die LNG-Lieferungen aus dem Persischen Golf gibt es keine alternativen Transportwege, so dass der Gasmarkt auf diese Route angewiesen bleibt, anders als der Ölmarkt. Und selbst bei einer Wiederöffnung dürfte sich die Versorgungslage nicht unmittelbar normalisieren. Katar hat die Force Majeure-Klausel für LNG-Lieferungen nach Italien bis etwa zum Jahresende verlängert, so dass sich an der derzeitigen Situation zunächst wenig ändern dürfte. (cdg) // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

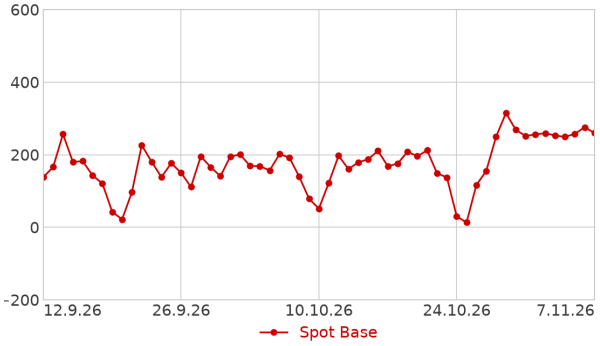
Zum Inhalt

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

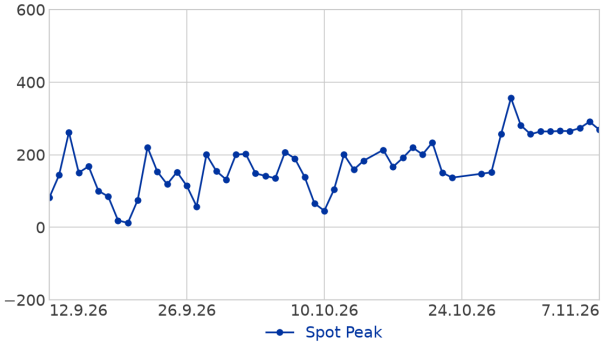
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

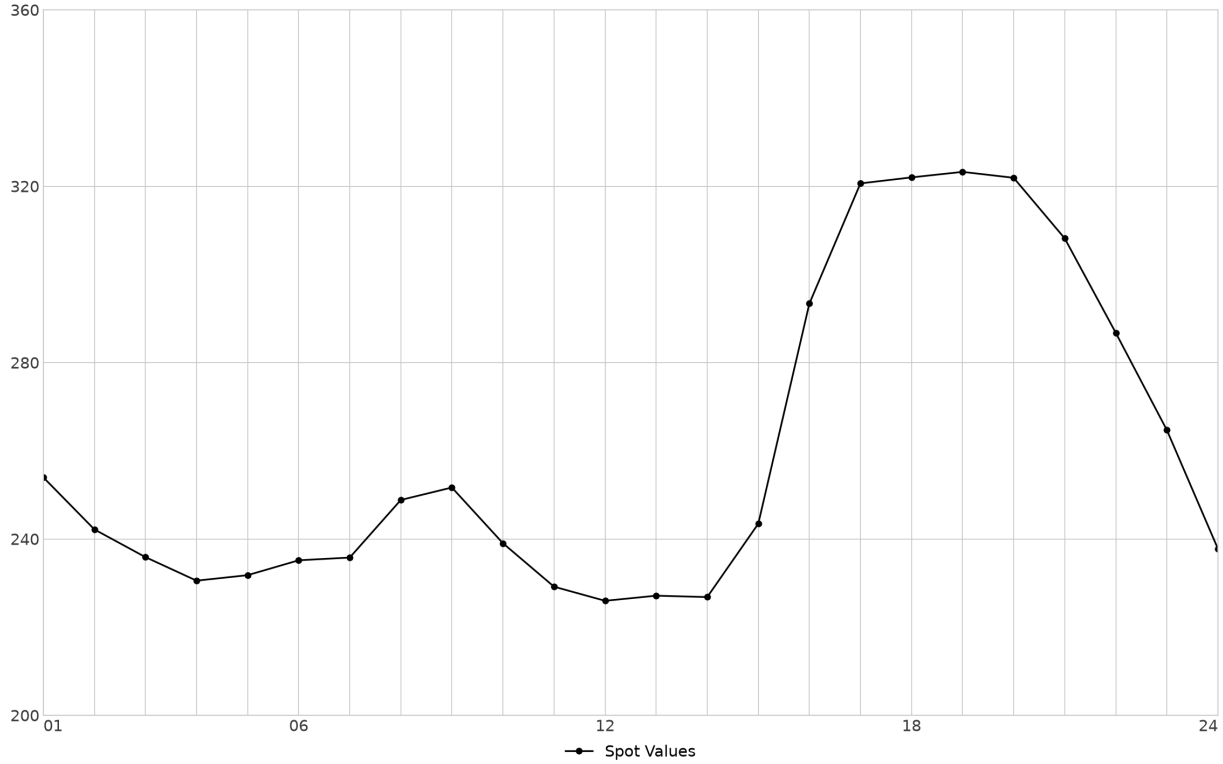
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Strom Terminmarkt

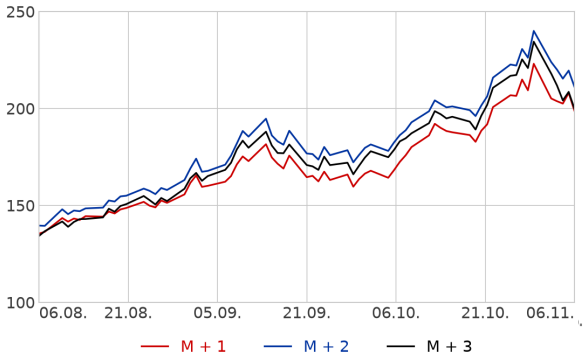
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	06.11.26	German Power Dec-2026	198,72
M2	06.11.26	German Power Jan-2027	211,08
M3	06.11.26	German Power Feb-2027	199,75
Q1	06.11.26	German Power Q1-2027	186,99
Q2	06.11.26	German Power Q2-2027	119,66
Q3	06.11.26	German Power Q3-2027	129,18
Y1	06.11.26	German Power Cal-2027	144,71
Y2	06.11.26	German Power Cal-2028	105,04
Y3	06.11.26	German Power Cal-2029	91,21

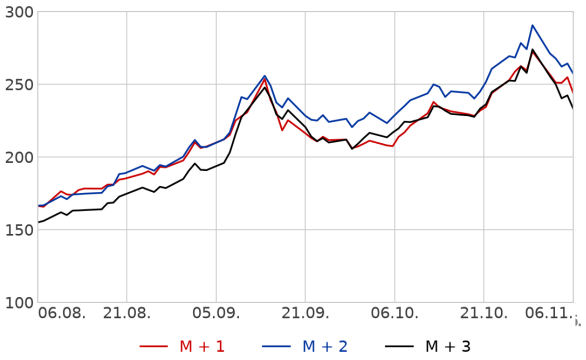
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	06.11.26	German Power Dec-2026	244,03
M2	06.11.26	German Power Jan-2027	257,26
M3	06.11.26	German Power Feb-2027	233,21
Q1	06.11.26	German Power Q1-2027	214,43
Q2	06.11.26	German Power Q2-2027	99,28
Q3	06.11.26	German Power Q3-2027	119,24
Y1	06.11.26	German Power Cal-2027	153,50
Y2	06.11.26	German Power Cal-2028	115,50
Y3	06.11.26	German Power Cal-2029	100,51

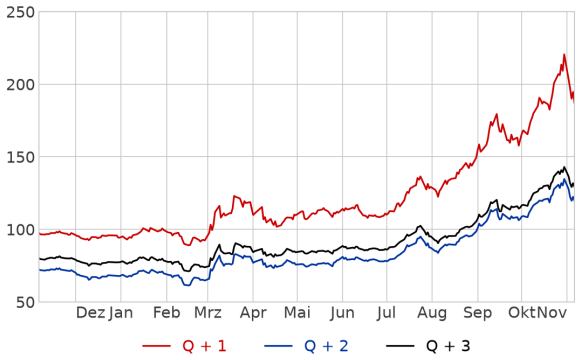
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



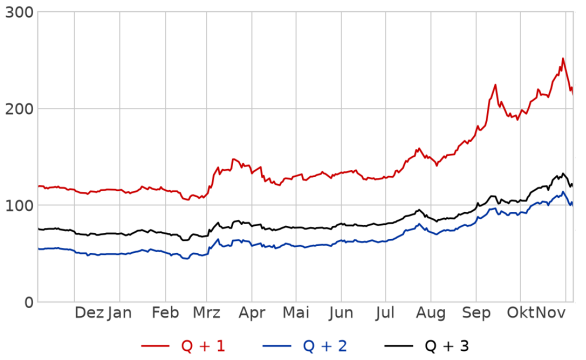
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



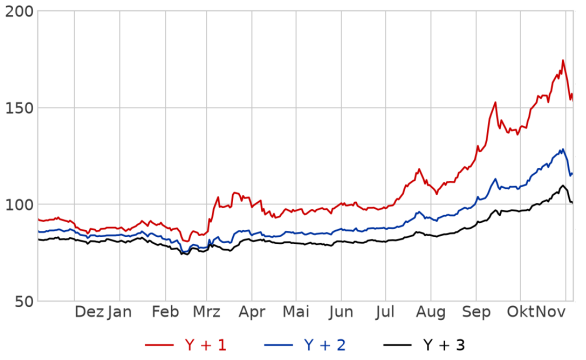
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

Gas Spot- und Terminmarkt

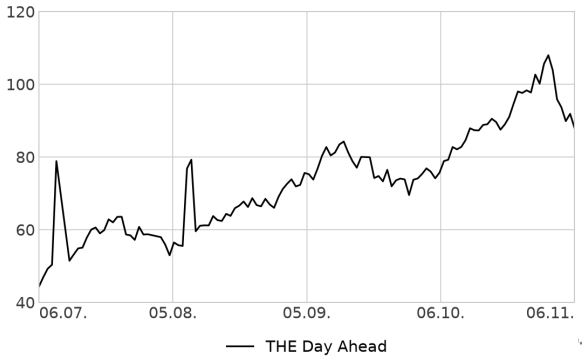
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	06.11.26	German THE Gas Dec-2026	86,95
M2	06.11.26	German THE Gas Jan-2027	87,02
Q1	06.11.26	German THE Gas Q1-2027	85,46
Q2	06.11.26	German THE Gas Q2-2027	68,62
S1	06.11.26	German THE Gas Sum-2027	66,82
S2	05.11.26	German THE Gas Win-2027	62,97
Y1	06.11.26	German THE Gas Cal-2027	70,61
Y2	06.11.26	German THE Gas Cal-2028	44,71

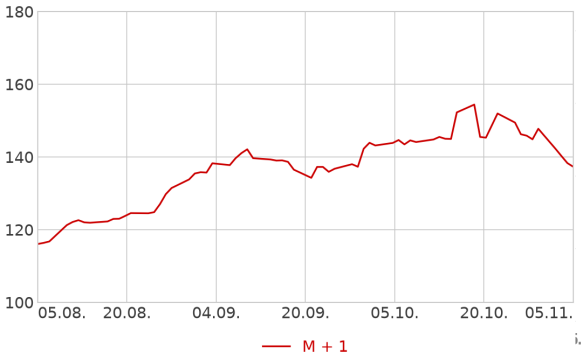
Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	06.11.26	259,83	EUR/MWh
Germany Spot peak	06.11.26	268,70	EUR/MWh
EUA Dezember 2026	06.11.26	86,55	EUR/tonne
Coal API2 Februar 2027	05.11.26	137,30	USD/tonne

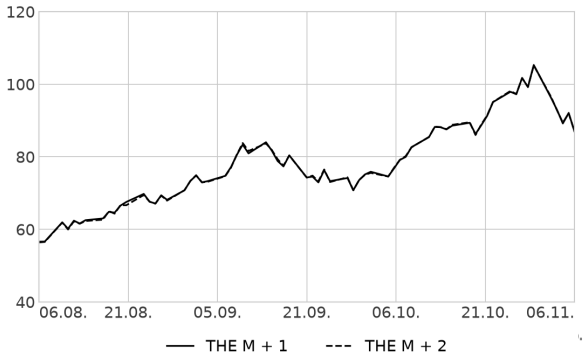
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



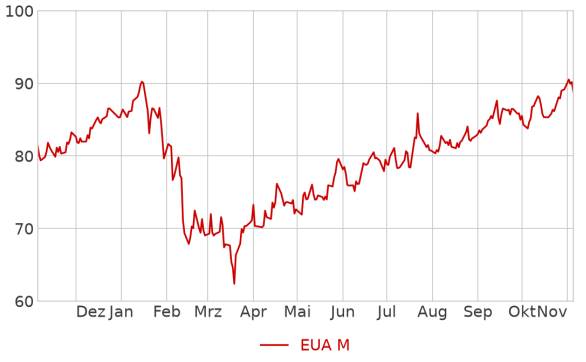
Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	06.11.26	87,99	EUR/MWh
German THE Gas Dec-2026	06.11.26	86,95	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2027	06.11.26	70,61	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jan-2027	06.11.26	98,32	USD/bbl

Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



EUA in Euro/t (EEX)



© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

E&M STELLENANZEIGEN

Professur W 2 Gebäudeenergiesysteme und -automation

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die das Fachgebiet in Lehre, angewandter Forschung und Entwicklu...

in Amberg

vor 1 Tag

Festanstellung

Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) - Standort Schöneberg

Durchführung der Kontrolle und der Zustandsbewertung der Abwasseranlagen des Kanalnetzes. Dazu ...

in Berlin

vor 2 h

Ingenieur Energietechnik - Störungsmanagement / Netzbetrieb (M|W|D)

Du bist ehrgeizig, teamorientiert und hast große Ziele? Wir auch! MITNETZ STROM ist der größte regio...

in Taucha

vor 2 h

Parkplatz / Betriebsarzt / Mitarbeiterrabatte

Ingenieur Systemführung Elektrotechnik Stromnetz (m|w|d)...

Du bist ehrgeizig, teamorientiert und hast große Ziele? Wir auch! MITNETZ STROM ist der größte regio...

in Taucha

vor 2 h

Parkplatz / Betriebsarzt / Mitarbeiterrabatte

Ingenieur Netzleitstelle Elektrotechnik Netzbetrieb (m|w|d)...

Du bist ehrgeizig, teamorientiert und hast große Ziele? Wir auch! MITNETZ STROM ist der größte regio...

in Taucha

vor 2 h

Parkplatz / Betriebsarzt / Mitarbeiterrabatte

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting

Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung

Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität

Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung

Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke

Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:
Volker Stephan
Manfred Fischer
Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**

Über E&M
E&M Anzeigen-Vertrieb
E&M Mediadaten
E&M Zeitung
E&M Termine
E&M Shop
E&M Firmendatenbank
E&M Glossar

© 2026 by Energie & Management E&M - Alle Rechte vorbehalten

IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf: